

04. März 2024

Amt Wirtschaftsförderung
und Kreisentwicklung

A 67 Umweltamt
A 67.2 Untere Naturschutzbehörde

Luckenwalde, 29.02.2024
Frau Hintze

A 80.2 Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung/ SG Kreisentwicklung
Frau Reiter

Stellungnahme der UNB zum Bebauungsplan (BP) Nr. 53 „Wohnpark an der Neckarstraße (Neckargärten), 2. Bauabschnitt“ der Stadt Ludwigsfelde

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

AZ bei A 67.2: 40061/24/672

Meiner Stellungnahme liegen die folgenden, am 22.12.2023 im Umweltamt, SG Untere Naturschutzbehörde, eingegangenen Unterlagen zu Grunde:

Meiner Stellungnahme liegen zu Grunde:

- Anschreiben der Stadt vom 21.12.2023
- Entwurf BP Planzeichnung und Begründung Stand Dezember 2023

X Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

- o Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

Aus naturschutzrechtlicher Sicht bestehen Bedenken bzgl. der beabsichtigten Planung. Nachfolgende Einwendungen, Forderungen und Hinweise sind zu beachten:

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

a) Einwendungen:

1. Durch die beabsichtigte Planung kann der Baumbestand im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 53 „Wohnpark an der Neckarstraße (Neckargärten) – 2. Bauabschnitt“ voraussichtlich nicht vollständig erhalten werden. Es ist sicherzustellen, dass der Baumbestand keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten beherbergt, durch die der Bebauungsplan aus artenschutzrechtlicher Sicht vor unüberwindbare Hindernisse gerät. Eine Untersuchung des Baumbestandes auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Brutvögeln und Fledermäusen sowie geeigneten Strukturen hat bisher nicht stattgefunden.
2. Folgender Punkt ist in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise aufzunehmen:
„Die Bauflächenvorbereitung darf ausschließlich außerhalb der Brutzeit der Brutvogelarten, d.h. nicht in der Zeit vom 20. März bis zum 15. August stattfinden. Zu einem anderen Zeitpunkt ist unmittelbar vor Maßnahmenbeginn sicherzustellen, dass Individuen nicht getötet oder beeinträchtigt werden.“

b) Rechtsgrundlage:

Fledermäuse und europäische Vogelarten gehören zu den gem. § 7 Absatz 2 Nr. 13. BNatSchG besonders geschützten Arten.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen und europäischen Vogelarten sind daher gem. § 44 Absatz 1 Nr. 3. BNatSchG geschützt und dürfen unter Berücksichtigung der teilweisen Privilegierung von Maßnahmen im Zuge genehmigter Eingriffe (§ 44 Absatz 5 BNatSchG) nicht zerstört oder beschädigt werden. Individuen der Arten dürfen nicht verletzt, getötet oder der Natur entnommen werden. Die Untersuchung und die Entwicklung von potentiell erforderlichen Vermeidungs- und funktionserhaltenden Maßnahmen dient der Berücksichtigung und Durchsetzung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote.

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

Der Baumbestand ist durch eine sachverständige Person auf für Fledermäuse und Vögel geeignete Strukturen zu überprüfen. Höhlen und Risse sind mit entsprechenden Methoden auf das Vorkommen von Fledermäusen zu untersuchen (Leiter, ggf. Klettertechnik oder Hebebühne; Endoskop). Die Überprüfung der Strukturen ist zu dokumentieren und die Dokumentation der Unteren Naturschutzbehörde zu übergeben. Bei positiven Befunden sind Vermeidungs- und funktionserhaltende Maßnahmen zu entwickeln.

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfanges des Umweltberichtes (UB): -

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen: -

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme: -

4. Weitergehende Hinweise

Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angaben des Sachstandes und des Zeitrahmens: -

Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

1. Flächennutzungsplan (FNP)/Landschaftsplan (LP)

Bei der Stellungnahme geht es nur um die geänderten und ergänzten Teile des bereits vorhandenen/genehmigten B-Planes Nr. 21 „Wohnpark Neckarstraße“.

Aufgrund der generellen Veränderungen eines bereits genehmigten B-Planes sind grundsätzlich keine Anmerkungen bezüglich des Landschaftsplanes erforderlich. Ich gehe davon aus, dass bei einer erforderlichen Änderung des FNP eine Anpassung des Landschaftsplanes erfolgt.

2. Die Fällung von Gehölzen muss in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar erfolgen, um eine Beeinträchtigung von Vögeln und Fledermäusen während der Brut- und

Aufzuchszeit, die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Vögel und Fledermäuse sowie der Entwicklungsformen (Eier, Jungvögel) zu vermeiden. Vor Beginn der Bautätigkeit sollte eine nochmalige Kontrolle der zu entnehmenden Gehölze auf Nist- und Ruhestätten – auch bezüglich des Eichhörnchens – erfolgen.

3. Begründung, Seite 6: Der im Absatz „Fauna“ gemeinte langgestreckte leerstehende Plattenbau befindet sich am westlichen Rand des ehemaligen Exerzierplatzes. Die Himmelsrichtung ist hier von „östlich“ in „westlich“ zu korrigieren.
4. Begründung, Seite 17: Im Absatz „Sondergebiete“ ist die Himmelsrichtung der Lage der Kita in Bezug auf den Geltungsbereich zu korrigieren. Es müsste hier heißen: „Im Nordwesten soll eine Fläche nur für die Einrichtung einer Kindertagesstätte vorgehalten werden.“
5. Begründung, Seite 38: Im Abschnitt „Europäische Vogelarten und Fledermäuse“ ist der erste Absatz wie folgt zu ändern: „Um einen Verstoß gegen das Tötungsverbot zu vermeiden, sind Abriss und Fällarbeiten außerhalb der Fortpflanzungs- und Ruhezeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen. Mangels bodenrechtlichem Bezug lässt sich die Beschränkung von Bauzeiten nicht im Bebauungsplan regeln. Deshalb sollte im Zusammenhang mit Abrissanzeigen, Bau- und Fällgenehmigungen zur Auflage gemacht werden, dass Baumfällungen und Abrissarbeiten nur außerhalb der Brut-, Aufzuchs-, und Winterruhezeiten der betroffenen Arten durchgeführt werden. Betroffene Gebäude können alternativ unmittelbar vor Beginn der Abrissarbeiten auf eine Besiedlung durch Fledermäuse und Brutvögel untersucht werden. Bei für Fledermäuse geeigneten Strukturen an Gebäuden oder Bäumen ist ganzjährig eine Untersuchung auf Besiedlung erforderlich.“
6. Begründung, Seite 39: In Bezug auf Brutvögel und Fledermäuse angeführt, dass eine erhebliche Störung im Sinne einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population bei Vorhabensverwirklichung nicht zu erwarten ist. Auf der anderen Seite heißt es, dass die Biotopstrukturen im Plangebiet und seiner Umgebung besonders seltene oder gefährdete Arten erwarten lassen. An dieser Stelle bestehen aus artenschutzfachlicher Sicht inhaltliche Widersprüche, die aufzuklären sind.
7. Gemäß § 39 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 BNatSchG ist es verboten, in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September Bäume außerhalb des Waldes, Hecken, Gebüsche und andere Gehölze abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu beseitigen. Das gilt für alle Gehölze, unbeachtet dessen, ob sie gesetzlich geschützt sind oder nicht.
8. Die als Ersatz zu pflanzenden Bäume sind in einem Abstand von mindestens acht Metern zueinander zu pflanzen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


B. Paul
Sachgebietsleiterin

Gesetzliche Grundlagen - Fundstellen der zitierten Gesetze und Verordnungen

BauGB

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6)

BaumSchVO TF

Verordnung des Landkreises Teltow-Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzverordnung Teltow-Fläming – BaumSchVO TF vom 10. Dezember 2013 (Amtsblatt des Landkreises Teltow - Fläming Nr. 39 S. 3 vom 17. Dezember 2013), zuletzt geändert durch die „Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Teltow-Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzverordnung Teltow-Fläming – BaumSchVO TF)“ vom 23. Februar 2017 (Amtsblatt Landkreis Teltow-Fläming, Nr. 5 vom 28. Februar 2017, S. 9)

BNatSchG

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51 S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240)

NatSchZustV

Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung – NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der NatSchZustV vom 19. Juli 2021 (GVBl. II Nr. 71)